

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 184

Hauptredaktion: Dr. Eberth, Leipzig

Freitag, den 28. März

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Abreise der Finanzkommission nach Versailles

Die deutsche Finanzkommission

Weimar, 28. März. (Drahtbericht unserer Sonderberichterkollegen.) Die Finanzkommission für Versailles ist heute vormittag in Weimar eingetroffen und hat mit dem Kabinett und dem Grafen Bernstorff, der ebenfalls von Berlin herübergekommen ist, längere Beratungen gehabt, in denen die gesamten Finanzfragen besprochen wurden. Die Kommission wird im Laufe des heutigen Tages nach abreisen, damit sie am Sonntag in Versailles eintrifft.

Die Reichsregierung wird ihren Sitz wahrscheinlich morgen wieder nach Berlin verlegen, vorausgesetzt, daß die Beratung des Notetats in der Nationalversammlung zu Ende geführt werden kann.

Die Berichterstatterung für die Finanzkommission hat das Auswärtige Amt übernommen, da die Aufgaben der Finanzkommission doch gewisse Punkte des Friedensvertrages vorzunehmen werden und es sich aus diesem Grunde um eine außerpolitisch außerordentlich wichtige Kommission handelt.

Der Notenwechsel über die Landung in Danzig

Berlin, 28. März. (Drahtbericht.) Am 26. März abends ist dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note des französischen Vorsitzenden Generals Rudant zugegangen:

„In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Rudant in Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armee des Generals Haller, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in der Richtung auf Polen frei durchmarschieren mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichtet, alle Einrichtungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Hofmarschall marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung, diesen Forderungen zu entsprechen, wird als Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen. Infolgedessen bitte ich Sie, von der deutschen Regierung die Vollmachten zu verlangen, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung dringlich und auf Grund gegenseitigen Übereinkommens zu regeln.“

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde im Laufe des 27. März nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zustimmung der Parteiführer der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den alliierten einen freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Gebieten des ehemaligen Russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß dieses Vertrages sind wir jedenfalls davon ausgegangen, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könne, nicht aber für polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, einen freien Zugang für die polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In

Meiner Auffassung steht die deutsche Regierung sich gekränkt durch die bekannten Vorkommnisse bei der Gewährung freien Zutritts für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Paderewski hat unter großer Verletzung der gewährten Garantie die Weichsel und die Weichselufer in Danzig und ganz Westpreußen besetzt. Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden. In der gesamten polnischen Öffentlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich in jedem der Besatzungen in Polen, Westpreußen und Danzig völlig verändert und würde nach den bekannten Vorgängen in Polen durch die Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen auf schwerste Gefahr bedrohen. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich eingehenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltigen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit. Wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, wird außerdem die deutsche Offizier gegen den russischen Bolschewismus getrieben. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Kommandos zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls einen Feind und würden zwischen zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Lande hervorzurufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Anklam, Rügen, Mecklenburg oder Elbau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Weichsel zu unterhalten. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rasche Landung und Durchzüge der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch elfenbeinartige schneller und ohne jede Störung der Lebensmittellieferung nach Polen zum Ziele. Um die in der Note von Marshal Foch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Übereinkommens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um ein baldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammenziehung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben.
2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller.
3. Angabe und Zeitdauer der Durchmarschierung der Armee Haller nach Polen.
4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür leisten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an polnischen Kundgebungen oder an etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Polen beteiligt oder solche mit Eiferheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse herbeizuführen?

gez. Reichsminister Erzberger.“

Zaunkönige

E. K. Mit der außerordentlich wichtigen Sitzung des Großen Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig, die am Mittwoch stattgefunden hat, haben wir uns bereits an dieser Stelle eingehend befaßt, indem wir einen Teil des Beratungsgegenstandes, nämlich die Neuwahl der Arbeiterräte, in den größeren Zusammenhang einstellten, in den sie gehört. Dieser Teil der Verhandlungen bildete eine Parallele zu den stürmischen Sitzungen, die kurz vorher im Berliner Arbeiterrat stattgefunden hatten, und wurde durch eine Reihe von Anträgen beleuchtet, die der Rätekonferenz unterbreitet werden sollen, sowie durch eine Vorlage der Reichsregierung, die der Nationalversammlung zugeht. Für Leipzig im besonderen wünschlich noch wichtiger und im übrigen ebenfalls von großer allgemeiner Bedeutung war die neue Verfassung, die ziemlich plötzlich für den hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat und damit für das Leipziger Gemeinwesen überhaupt beschlossen worden ist. Diese Verfassung ist nach Angabe ihrer Urheber selber keineswegs etwa durch sachliche Anforderungen der Verwaltung, sondern „auf Grund der in den letzten Kämpfen gemachten Erfahrungen“ notwendig geworden und lediglich als Kampfmittel gedacht!

Sozusagen vor Toretschluß, da die Soldatenräte mit dem 1. April als aufgelöst zu gelten haben, sucht man sie nach berühmten Mustern „in der Verfassung zu verankern“, wenn es auch nur die etwas private Verfassung eines Zaunkönigstums ist. Und ebenfalls im letzten Augenblicke, da anderswo die Arbeiterräte neu gewählt werden sollen und das Wesen ihre Stellung im Staate festlegen soll, wünscht man zuvorkommen, indem man auf eigene Faust und ohne jede Rücksicht auf irgendeinen größeren Zusammenhang, sei es des Landes oder gar des Reiches, sich — das heißt eine Minderheit — in der Macht zu besetzen und für die Verteidigung dieser Macht einzurichten sucht. Der Führer der Bewegung hat es offen ausgesprochen, daß man die Arbeiterräte zu einer Organisation für nahe bevorstehende Kämpfe machen wolle, die nicht nur Streiks bleiben würden; es geht, die Bourgeoisie zu stürzen. Unbedenklicher kann der Zweck des Vorhabens nicht enthüllt werden, und es ist bezeichnend, daß, als ein Redner die Selbstverständlichkeit ausspricht, es müsse doch endlich einmal Ruhe in dem Herenkessel Leipzig werden, aus der Versammlung sich Widerspruch erhob. Man will also Wind sden und Sturm ernten.

Um den bisherigen Engeren Ausschuss möglichst schlagkräftig zu gestalten, will man ihn in der Zahl der Mitglieder erheblich vergrößern, nämlich auf eine Familienmänner-Herrschaft, die uralten Staatsrechtswortbüchern nachgedacht ist. Die eigentlichen Gewalthaber sollen unter sich möglichst „homogen“ werden, das heißt alle gemäßigten Elemente, die jetzt im Engeren Ausschusse sitzen, von der eigentlichen Macht ausgeschlossen und diese lediglich den Allertrotzigsten überlassen sein. Herr Seger, der frühere Führer der Leipziger Revolution, der sich auch in der Weichselstadt der Abgesagten steht, hat diesen Plan mit starken Worten gekennzeichnet, die wir nicht zu wiederholen brauchen, weil sie sich in der Tat ganz von selbst einstellen und weil das Vorhaben der Diktatoren gar nicht mehr zweideutig ist. Um die Ueberrumpelung auch der eigenen Genossen vollständig zu machen, ist diese sogenannte Verfassung denen, die sie nachher beschließen haben, keineswegs ordnungsmäßig zugegangen, so daß sie etwa vor der Beratung sich hinlänglich hätten mit dem Entwurf bekannt machen können, sondern er ist vollständig erst in der Sitzung selbst unterbreitet und dann in wenigen Stunden durchgepeitscht worden.

Und was steht nun in diesem neuen Grundgesetz unseres Gemeinwesens? Vor allem, daß das Präsidium von fünf Männern nicht etwa bloß ausführende oder anordnende, sondern zugleich beschließende Befugnisse haben soll, daß seine Beschlüsse nur der Zustimmung durch den Großen Rat bedürfen, wobei nicht gesagt ist, ob sie nicht vorher schon durchgeführt werden können. Was von der „Verantwortlichkeit“ gegenüber dem Großen Rate zu halten ist, hat sich in der Mittwochssitzung gezeigt, da die Regisseure des „Staatsstreiks“, trotz der gekennzeichneten geringen Rücksichtnahme auf die Befehlshaber, ihren Anschlag durchgeführt haben. Als einzige Aufgabe ist dem Präsidium, nach und nach, zugebracht: „Die im Interesse der Behauptung der Errungenschaften der Revolution und der Durchführung der Revolution notwendigen Anordnungen zu treffen.“ Mit Kleinigkeiten, wie es sachliche Aufgaben sind, die eine ordnungsmäßige Fortführung der Verwaltung stellen könnten, gibt er sich demnach nicht ab. Was in dieser Hinsicht etwa zu tun für notwendig erachtet wird, das soll dem Hauptauschuss überlassen bleiben, der die von dem Präsidium getroffenen Anordnungen auszuführen und — das ist außerordentlich wichtig — auch die Kommunikation zu überwachen hat. Wie dieser Ausschuss sich überhaupt in Ausschüsse gliedern soll, so wird er wahrscheinlich auch mit dieser Aufgabe einen Untersuchungsausschuss betrauen, dessen Händen dann die eigentliche Verwaltung des Gemeinwesens anvertraut werden dürfte.

Es kann nicht ausbleiben, daß ebenso, wie die Demokratische Partei Leipzigs bereits schlagfertig Stellung gegen diese Verfassung genommen hat, auch die ordnungsmäßige Vertretung der städtischen Interessen sich eingehend damit befaßt wird. Wenn die „Volkszeitung“ gestern im Hinblick auf militärische Pläne des städtischen Kriegsministeriums schrieb: „Es gibt Dinge, die so provozieren wirken, daß der Ruhigste darüber die Befinnung verliert“, so kann man das ohne weiteres auf die famosen Mittwochsbeschlüsse anwenden. Wir hoffen zwar, daß die Stadtverordnetenversammlung über ihnen die Befinnung nicht verlieren wird, nehmen aber allerdings an, daß sie sich stark provoziert fühlen und das den Herausforderern auch zu Gemüte führen wird. Wahrlich, Leipzig ist in einer wunderlichen „Verfassung“!

Die neue Lage in Polen

Haag, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ begrüßen den Beschluß der Pariser Konferenz, Truppen unter General Haller über Danzig nach Polen zu führen. Hierin liegt ein Beweis, daß die angarischen Ereignisse einen gesunden Antrieb zu energischem Handeln auf die Konferenz ausgeübt haben. Die „Times“ erklären sich auch dagegen, daß an Deutschland eine Art von Mandat zur Bekämpfung des Bolschewismus gegeben wird. Das wäre unter allen Umständen eine Torheit. Man dürfe Deutschland nicht auf eine solche Art rehabilitieren. „Manchester Guardian“ weist dagegen auf die Behauptung von Winston Churchill in der letzten Dienstagssitzung des Unterhauses hin, wo Churchill erklärt hat, daß er mit großer Genugtuung von den Erfolgen der Deutschen gegen die Bolschewisten Kenntnis genommen habe.

Das „erlöste“ Polen

Berlin, 28. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, berichtet „Daily Telegraph“, daß Polen den kleinen polnischen Distrikt in Tommeren erhält, ferner ganz Westpreußen, Polen außer einem kleinen deutschen Teil am Schlesien und Oppeln herum. Die Grenze beginnt beim Frischen Haff, schließt Marienwerder ein, folgt dann der alten russisch-polnischen Grenze, so daß die ganze Weichsel unter polnische Souveränität kommt. Oppeln soll autonom werden. Lloyd George erwidert Einwände gegen die Einbeziehung der 2 Millionen Deutschen, aber die anderen Staatsmänner, Wilson voran (?) kratzen dem Kommissionsbericht bei, daß die Grenzen nicht lediglich nach ethnographischen Gesichtspunkten geregelt werden können.

Hindenburg in Oberschlesien

Oppeln, 28. März. (Drahtbericht.) Wie der „L.-U.“ mitgeteilt wird, befindet sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Oberschlesien zur Besichtigung der Grenzschutz- und freiwilligen Truppen.

Die Spartakusbewegung in Polen und Oberschlesien

Wien, 27. März. (Drahtbericht.) Der Bolschewismus macht, wie der „L.-U.“ berichtet wird, in Polen erschreckende Fortschritte. Ein Hauptberd der Organisation ist die Industriehaft Lodz. Hier hat die Arbeitslosigkeit so überhand genommen, daß die Bevölkerung in großer Zahl auswandert und die bolschewistische Agitation dort guten Boden findet. Es wird ganz offen von einem großen Aufstand in den nächsten Wochen gesprochen. Von hier aus hat sich die Bewegung auf das ober-schlesische Industriegebiet ausgebreitet. Die Spartakusbewegung in Oberschlesien steht, das ist authentisch festgestellt, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem polnischen Bolschewismus. Um

den Feldzugsplan für die nächsten Wochen festzulegen, finden in den nächsten Tagen Zusammenkünfte der deutschen und polnischen Anhänger der Spartakusbewegung an der oberschlesisch-polnischen Grenze statt.

Die militärische Lage in Ungarn

London, 28. März. (Reuter.) In Ungarn hat sich in militärischer Hinsicht nichts Neues ereignet. Es wird gemeldet, daß die ungarische Regierung den bolschewistischen Krieg an Serbien und die anderen Nachbarländer erklärt und seine Grenze nach Rußland geöffnet habe. Man darf annehmen, daß die in der dortigen Gegend befindlichen alliierten Streitkräfte, falls kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, der Armee der neuen Regierung angeschlossen werden, die am Ende des letzten Monats weniger als 60.000 Mann stark war. Es ist anzunehmen, daß die bolschewistischen Streitkräfte in der Ukraine, die nach Südwesten vordringen, nur mit großer Schwierigkeit imstande sein werden, die Karpathen und den oberen Dnjepr zu überschreiten, um in Ungarn einzudringen.

Französische Kolonialtruppen gegen die Bolschewisten

Wien, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Bukarest: Das Blatt „Dzija“ meldet, daß in Konstantinopel ein Transport von 50.000 Mann französischer Kolonialtruppen, welche für Rumänien bestimmt sind, eingetroffen sind. In den nächsten Tagen werden noch größere Transporte von Entente-Truppen erwartet, die zusammen mit der rumänischen Armee den Kampf gegen die Bolschewisten aufnehmen sollen.

Die Bekämpfung des Bolschewismus in China

Amsterdam, 27. März. (Drahtbericht.) „Daily Mail“ meldet aus Peking: Ueber die Nordmandschurien wurde der Befehl erteilt, um die Verbreitung des Bolschewismus durch die Chinesen, die aus Rußland nach China zurückkehren, zu bekämpfen.

Dänemark anerkennt die deutsche Regierung

Kopenhagen, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Blätter melden, hat die dänische Regierung die Anerkennung der neuen deutschen Regierung beschlossen.

Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam

Amsterdam, 27. März. (Drahtbericht.) Von sozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 28. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zur Konferenz erwartet.